

Sand im Getriebe

Sondernummer, Juni 2015

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung

Griechenland

Französisches Komitee zur Überprüfung
der öffentlichen Schulden

durch die Bürgerinnen und Bürger

Widerlegung von falschen Behauptungen in den Medien

Trotz der Einmischung der führenden EU-Politiker und des von ihnen ausgeübten Drucks hat das griechische Volk beschlossen, sein Schicksal mutig in die Hand zu nehmen und der Austeritätspolitik ein Ende zu setzen, die das Land in Rezession und Elend gestürzt hat. In den Ländern, in denen die Troika den Ton angibt, aber auch in vielen anderen europäischen Ländern, wird dieser Sieg als eine gewaltige Aufmunterung zum Kampf gegen eine Politik empfunden, die den Finanzmärkten Nutzen, der Bevölkerung aber Schaden bringt.

Die Mainstream-Medien verbreiten jedoch die aberwitzige Vorstellung, dass die Annullierung der griechischen Staatsschulden "jeden französischen Steuerzahler 600€ kosten würde". Je härter die Verhandlungen zwischen Griechenland und der Troika geführt werden, desto stärker wird diese Propaganda und umso ausschlaggebender ist unsere Aufklärungsarbeit über die öffentlichen Schulden. Die folgenden Antworten auf Behauptungen über die griechischen Staatsschulden sollen dazu beitragen.

Behauptung Nr.1:

„Die Annullierung der griechischen Staatsschulden kostet jeden Franzosen 636 €“

Die öffentlichen Verlautbarungen zu Griechenland

„Die griechische Schuldenlast vom griechischen Steuerzahler auf den französischen Steuerzahler zu übertragen, kommt nicht in Frage“ (Wirtschaftsminister Michel Sapin, Europe N°1, 2/02); „jeder Franzose wird mit 735 € in der Kreide stehen“ (Le Figaro, 8. Januar) - der staatliche Sender TF1 spricht von 636 € (2. Februar 2015).

Was ist daran falsch ?

Frankreich ist Griechenland gegenüber Verbindlichkeiten in Höhe von 40 Milliarden € eingegangen: ein kleiner Teil wurde dem Land im Rahmen bilateraler Darlehen geliehen, der Rest (ungefähr 30 Milliarden €) bestand in einer in den Europäischen Finanzsolidaritätsfonds (EFSF) [1] eingebrachten Rückversicherung für die Kredite an Griechenland, die dieser Fonds auf den Finanzmärkten aufgenommen hatte.

In beiden Fällen sind diese Darlehen bereits in den französischen Staatsschulden verbucht (ungefähr 2000 Milliarden €). Ihre Annullierung würde die Schulden also nicht erhöhen.

Müsste Frankreich diese Beträge zahlen, wenn griechische Staatsschulden annulliert würden? Nein, denn eigentlich zahlt Frankreich - wie die meisten Länder - seine Schulden nie wirklich zurück. Wenn eine Anleihe fällig wird, zahlt Frankreich mit erneut geborgtem Geld zurück. Der Staat refinanziert sich – macht also neue Schulden, um die alten zurückzuzahlen.

Das Einzige, was die französischen Steuerzahler verlieren würden, wären die von

Griechenland gezahlten Zinsen, also 15 € je Franzose und Jahr [2].

Die EZB könnte das Problem der griechischen Schulden leicht lösen. Sie könnte die Forderung von 28 Milliarden gegenüber Griechenland mit einem Federstrich wegstreichen. Sie könnte den öffentlichen Institutionen (Staaten, EFSF) die griechischen Wertpapiere abkaufen, die jene halten und sie ebenfalls stornieren, oder sie – wie es Griechenland beantragt - in Anleihen ohne Laufzeitbegrenzung umwandeln, mit einem festen und geringen Zinssatz und ohne Kapitalrückzahlung. Jedenfalls geht eine Zentralbank finanziell keinerlei Risiko ein, da sie sich durch Geldschöpfung jederzeit selbst neu finanzieren kann.

Welche Lehren sollten Frankreich und Europa daraus ziehen?

Auch in Frankreich sind die Staatsschulden nicht tragbar und ihre Rückzahlung ist unmöglich. Die Zinssätze liegen in Frankreich heute sehr tief? Ja, aber deswegen, weil Frankreich eine Austeritätspolitik führt, die den Finanzmärkten gefällt. Auch deswegen, weil die Finanzinvestoren nicht mehr das Risiko eingehen wollen, im produktiven Bereich Geld anzulegen.

Um dieser Politik in Frankreich und in Europa ein Ende zu setzen, muss die Schuldenlast verringert werden, egal auf welchem Weg: Umstrukturierung, teilweise Rückzahlung durch eine einmalige Besteuerung hoher Vermögen, teilweise Annullierung ... all diese Lösungen müssen überprüft werden und Gegenstand einer demokratischen Entscheidung sein.

Behauptung Nr. 2: **„Wer Schulden hat, muss zurückzahlen“**

Die öffentlichen Verlautbarungen zu Griechenland

„Griechenland muss seine Schuld zurückzahlen“ (Michel Sapin, 2. Februar 2015)

„Eine Schuld ist eine Schuld. Rückzahlen ist für einen Rechtsstaat eine ethische Pflicht“ (Marine Le Pen, 4. Februar 2015)

Was ist daran falsch ?

Von seltenen Ausnahmen abgesehen, zahlt ein Staat seine Schulden nicht zurück: er borgt neues Geld, um seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Im Staatshaushalt stehen die Schuldzinsen, nie die Rückzahlung des geliehenen Geldes (Kapital). Anders als eine Privatperson ist ein Staat nicht sterblich, er kann sich ohne Zeitlimit verschulden, um seine Schulden zu bezahlen, im Unterschied zu einer Familienmutter, die bei Aufnahme eines Kredits tatsächlich dazu verpflichtet wird, ihre Schulden zurückzuzahlen.

Aber wenn die Finanzmärkte einem Staat keine Darlehen mehr gewähren wollen - oder nur zu einem Wucherzins - und der Staat nicht mehr über Geldschöpfung durch seine Zentralbank verfügt, wird es schlimm. Als die Banken 2011 angesichts der Schwierigkeiten Griechenlands Angst bekommen hatten, mussten die EZB und die europäischen Mitgliedsstaaten mit Kreditvergaben einspringen.

Gerade deshalb können sie heute Griechenland brutal erpressen, indem sie dem Land mit der Nichtgewährung von Krediten drohen, wenn seine Regierung bei den Maßnahmen gegen die Austeritätspolitik bleibt, die sie den Wählern versprochen hat: Erhöhung des Mindestlohns und der Renten,

Wiedereinstellung entlassener Beamter, Stopp der Privatisierungen.

Bei vielen überschuldeten Ländern (Deutschland 1953, Polen 1991, Irak 2003, Ecuador 2008, Island 2011, Irland 2013...) kam man in der Vergangenheit jedenfalls zum selben Schluss: wenn die Schuldenlast zu hoch wird (bei Griechenland 190% des BIP!) müssen die Schulden annulliert bzw. umstrukturiert werden, um einen neuen Start zu ermöglichen.

Jeder weiß – sogar der IWF und die EZB – dass die derzeitige Schuldenlast für Griechenland zu hoch ist. Es müssen neue Verhandlungen geführt werden, über eine teilweise Annullierung, über Zinssätze und Tilgungsplan. Dazu ist eine europäische Staatsschulden-Konferenz wie 1953 für die Bundesrepublik Deutschland erforderlich. Um von Nutzen zu sein, muss sich diese Konferenz auf die Arbeiten einer internationalen Kommission der Bürger stützen, die eine Überprüfung der griechischen Schulden vornimmt (Audit). Dieses Audit wird den legitimen Anteil der Schulden – dieser soll zurückgezahlt werden, evtl. mit neu vereinbarten Zinssätzen und Fälligkeiten - sowie den anfechtbaren, illegitimen Anteil bestimmen.

Als legitim gelten die zur Finanzierung von Investitionen oder politischen Programmen zu Nutzen der Bevölkerung legal aufgenommenen Anleihen. Als illegitim gelten Anleihen, die nicht dem Gemeinnutz, sondern den Interessen privilegierter Minderheiten gedient haben. Laut internationaler Rechtsprechung kann eine Schuld sogar verabscheuungswürdig („odious“) oder ungesetzlich sein, je nachdem, wie sie aufgenommen worden ist.

Welche Lehren sind für Frankreich und für Europa zu ziehen?

Auch in Frankreich muss eine breit angelegte Überprüfung der Staatsschulden durch Bürgerinnen und Bürger vorgenommen werden, um die öffentliche Meinung zu sensibilisieren, und die wirklichen Nutznießer des Schuldensystems zu erkennen. Die erste, im Mai 2014 veröffentlichte Überprüfung der Staatsschulden hat gezeigt, dass

59% der französischen Schulden aufgrund ihres Ursprungs (Wucherzinssatz, Steuergeschenke) als illegitim angesehen werden konnte. Eine Umstrukturierung der französischen Schulden würde Mittel für die öffentlichen Dienstleistungen und den ökologischen Übergang bereitstellen. Wir werden eine europäische Schuldenkonferenz der Sozialbewegungen organisieren, um dieses Verfahren weiter auszubauen.

Behauptung Nr. 3:

***„Die Griechen haben sich vollgestopft.
Die Zeche dafür müssen sie selber bezahlen.“***

Die öffentlichen Verlautbarungen zu Griechenland

"Griechenland hat einen aufgeblähten Verwaltungsapparat mit 7 % Anteil am BIP gegenüber 3 % im Rest von Europa, Schwierigkeiten bei der Steuererhebung, und das Land hat seine Ausgaben nur schwer im Griff." (Claudia Senik, Ökonomin)

Was ist daran falsch?

In Griechenland lag laut Daten der OECD der Anteil der öffentlich Bediensteten an der Gesamtbeschäftigung im Jahr 2001 bei 7 % und im Jahr 2011 bei 8 %, in Deutschland hingegen bei 11 % und in Frankreich bei 23 % (Sozialversicherung mit eingeschlossen). Die öffentlichen Ausgaben erreichten in Griechenland 2011 42 % des BIP, in Deutschland 45 % und in Frankreich 52 %.

Warum also betrug die öffentliche Verschuldung Griechenlands 2007, also noch vor der Finanzkrise, bereits 103 % des BIP? Eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigt, dass die Explosion der griechischen Schulden keinesfalls auf einen aufgeblähten Beam-

tenapparat und einen verschwenderischen Umgang mit Sozialleistungen zurückzuführen ist. Im Zeitraum 1990 bis 2007 war der Anteil der Staatsausgaben im Vergleich zum BIP im Großen und Ganzen stabil. Wie in Frankreich sind es die überhöhten Zinssätze und die Steuergeschenke, die die Schulden in die Höhe getrieben haben. Dazu kommt aber noch das Diktat der Troika (Europäische Kommission, EZB, IWF). Es führte dazu, dass das griechische BIP seit 2010 um 25 % gesunken ist, was automatisch zu einem Anstieg der Schuldenquote gegenüber dem BIP um 33 % führte!

Die von den Geldgebern zwischen 1990 und 2000 geforderten Zinssätze waren überzogen: Durchschnittlich 7,5 % (inflationbereinigte Realverzinsung) bei einem BIP-Wachstum von 2,5 %. So kam es zum "Schneeballeffekt": Der griechische Staat verschuldete sich, um die exorbitanten Zinsen bezahlen zu können. Wäre der Realzinssatz auf 3 % beschränkt geblieben, hätte die griechische Staatsverschuldung 2007 64 % des BIP und nicht 103 % ausgemacht. Um das Maastricht-Kriterium der Haushaltsdefizitgrenze von 3 % zu erreichen, hat Griechenland in den 1990er Jahren die

Steuern stark erhöht. Die Einnahmen des Staates stiegen so von 28 % auf 42 % des BIP. Aber schon 2001, beim Eintritt Griechenlands in die Eurozone, rieben sich die reichen Griechen die Hände: Griechenland hat zwischen 2004 und 2008 die Erbschaftssteuern gesenkt, die Einkommenssteuern halbiert und drei Steueramnestiegesetze für Steuerbetrüger erlassen (Wirtschaftliche Studien der OECD, Griechenland 2009). Die Steuereinnahmen fielen auf 38 % des BIP zurück. Wären sie auf dem Niveau des Jahres 2000 geblieben, hätte der griechische Schuldenstand 2007 nicht 103 % des BIP betragen, sondern 86 %.

Insgesamt wäre bei einem "vernünftigen" Zinsniveau und dem simplen Beibehalten der Staatseinnahmen die griechische Staatsverschuldung 2007 nur halb so groß gewesen. Anders gesagt kann man davon ausgehen, dass die Hälfte der griechischen Staatsschulden zu diesem Datum illegitim war: Gläubiger aus dem In- und Ausland haben

Griechenland ausgesaugt, und die Steuer-senkung zu Gunsten der Reichen hat ihr Übriges dazu beigetragen. Der rasante Anstieg der Staatsverschuldung seit 2007 ist einzig und allein der von der Troika auferlegten Rezession zuzuschreiben. Sie ist daher noch viel illegitimer.

Welche Lehren sind für Frankreich und für Europa zu ziehen?

Das Kollektiv für eine Überprüfung der Staatsschulden durch die Bürgerinnen und Bürger hat bereits aufgezeigt, dass die gleichen Mechanismen (übertrieben hohe Zinssätze und Steuergeschenke) 59 % der französischen Staatsschuld erklären. Würde man die Schuldenlast in Frage stellen, könnte man auch in Frankreich die Austeritätspolitik beenden und zwar durch eine teilweise Annullierung der Schulden und/oder Restrukturierungsmaßnahmen.

Behauptung Nr.4:

„Wir haben den Griechen geholfen. Sie müssen sich bei uns bedanken.“

Die öffentlichen Verlautbarungen zu Griechenland

"Griechenland darf nicht länger ein Fass ohne Boden sein" (Wolfgang Schäuble, Deutscher Finanzminister 12. Februar 2012)"

Warum ist das falsch?

Zwischen 2010 und 2013 gewährten die europäischen Staaten und Institutionen Griechenland Darlehen in der Höhe von 207 Mrd. €, die von Reformplänen begleitet waren. Es handle sich um "Hilfsprogramme für Griechenland".

Eine Studie von Attac Österreich zeigt auf, wohin die Mittel aus den 23 Finanzierungstranchen flossen, die Griechenland im Zeitraum 2010 bis 2013 aufgezogen worden waren. 77 % dieser Darlehen dienten zur Rekapitalisierung der griechischen Privatbanken (58 Mrd. €) oder wurden direkt an die Gläubiger des griechischen Staates, in erster Linie europäische und amerikanische Banken weitergeleitet (101 Mrd €).

Von 5 geborgten Euro floss nur 1 Euro in die griechischen Staatskassen!

Das Monatsmagazin *Alternatives économiques* ergänzt in seiner Februarausgabe 2015 diese Analyse: Zwischen 2010 und 2014 wurden 52,8 Mrd. € aus diesen Mitteln für

den Zinsendienst verwendet. Nur 14,7 Mrd € wurden tatsächlich dafür verwendet, Kosten des griechischen Staates zu decken. Den Banken und Gläubigern haben diese 207 Mrd. € also sehr "geholfen", der griechischen Bevölkerung kaum. Ganz im Gegenteil. Letztere leidet unter den Folgen der Austeritätspolitik der Troika, die Griechenland im Zuge dieser Darlehensverhandlungen aufgezwungen wurde. Darüber hinaus muss der griechische Staat für die Gesamtsumme dieser Hilfsprogramme Zinsen bezahlen. Er ist noch 40 Jahre lang – bis 2054 - verschuldet; 30 Mrd. € müssen 2015 überwiesen werden.

Wer sind nun tatsächlich die Gläubiger Griechenlands und wer entscheidet über die Verwendung der gemachten Staatsschulden? Geht man von einer Gesamtschuld von 314 Mrd. € aus, sind die Gläubiger: der Euro-Rettungsschirm EFSF (und sein Nachfolger ESM) mit einem Betrag von 142 Mrd. €, europäische Staaten (53 Mrd. €), der IWF (23 Mrd. €), der Privatsektor (39 Mrd. €), die EZB (27 Mrd. €) sowie andere private Gläubiger (31 Mrd. €). Der europäische Stabilitätsmechanismus ESM ist seit 2012 in Kraft und verwaltet die Darlehen an die EU-Mitgliedsstaaten. Er nimmt auf den Finanzmärkten Darlehen auf

und entscheidet über deren Verwendung (in erster Linie die Rettung der Privatbanken). Die Akteure auf den Finanzmärkten finanzieren sich bei den Zentralbanken, darunter bei der EZB, zu Zinssätzen, die weit unter der Inflationsrate liegen. Der ESM hat seinen Sitz in Luxemburg, einem wohl bekannten Steuerparadies.

Der griechische Staat hat zu keinem Zeitpunkt Zugriff auf die Gelder des ESM. Zusätzlich zu den von der Troika aufgezwungenen Reformen, zahlen die Griechen für Darlehen, die sie nie erhalten haben, und von denen in erster Linie der Finanzsektor profitiert!

Welche Lehren sind für Frankreich und für Europa zu ziehen?

Die "Hilfen" kommen in Wirklichkeit den Banken zugute und die Bevölkerungen zahlen einen hohen Preis dafür. Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung, Sozialversicherung, Gesundheit und Bildung) befriedigen oder die wichtigsten Gläubiger bedienen? Die Antwort ist klar: Die Priorität soll nicht bei der Schuldentilgung liegen. Überprüfung der Staatsschulden und Transparenz über die Verwendung der sogenannten "Hilfspakete" sind einzufordern.

Behauptung Nr. 5:

„Griechenland muss die begonnen Reformen weiter vorantreiben.“

Die öffentlichen Verlautbarungen zu Griechenland

Wolfgang Schäuble, deutscher Finanzminister: *"Griechenland ist angehalten, den eingeschlagenen Reformweg nicht zu verlassen. Es gibt keine Alternative, ganz egal wie zukünftige Wahlergebnisse aussehen."* (Le Monde 04. Januar 2015) Francois Hol-

lande bestätigt dies nach dem Syriza-Wahlsieg: *"Es wurden Verpflichtungen eingegangen und sie müssen eingehalten werden."* (27. Januar 2015)

Was ist daran falsch?

Die aufgezwungene Austeritätspolitik hat nur ein Ziel: Mittel freisetzen zur Befriedi-

gung der Gläubigerinteressen. Nun, das Scheitern ist ja wohl mehr als deutlich! Ja, Griechenland benötigt wirtschaftliche, soziale und politische Reformen. Aber nicht die Reformen der Troika: immer weniger Staat, dafür mehr und mehr Markt und Ungleichheit. Diese Reformen sind jämmerlich gescheitert. Als Gegenentwurf zum kurzfristigen Denken im Dienste der Finanzmärkte skizzieren wir drei sich ergänzende Möglichkeiten, wie die Griechen ihre Zukunft wieder selber gestalten könnten:

(1.) Ein ehrgeiziger Plan zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Ankurbelung der Wirtschaft, mit dem das Produktionssystem hin zum ökologischen Wandel neu ausgerichtet wird.

Den Unkenrufen der Troika zum Trotz wäre dieser Plan vorteilhaft, denn Investitionen aus öffentlichen Mitteln wirken wie Multiplikatoren auf die Privatinvestitionen und die wirtschaftliche Aktivität, die heute völlig brach liegt. Die öffentliche Hand muss die Finanzierung der wirtschaftlichen Aktivitäten lenken: zum Beispiel Schaffung einer staatlichen Entwicklungsbank, umfangreiche Investitionen in die Sozial- und Solidarwirtschaft, Entwicklung von Komplementärwährungen oder Förderung von Genossenschaftsbanken.

(2.) Der soziale und wirtschaftliche Zusammenhalt ist wichtiger als Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität.

Die Troika verlangte eine generelle Senkung der Einkommen und die Streichung elementarer Sozialleistungen. Damit schrumpfte zwar die wirtschaftliche Aktivität, nicht aber der Schuldenberg. Der Staat muss also seine Rolle als Regulator und Begleiter wiederfinden, um den Zusammenhalt zu wahren und den sozio-ökonomi-

schen Bedürfnissen des Landes Rechnung zu tragen. Arbeitsumverteilung würde Arbeitsplätze schaffen und die Nachfrage ankurbeln. Die Arbeitslosigkeit würde rasch zurückgehen. Grundlage für diese Reformen wäre eine Umverteilung des Reichtums.

(3.) Die Erneuerung der Demokratie und die Staatsreform im Dienste der Bürger und der sozialen Gerechtigkeit.

Staatliche Souveränität wird erreicht durch eine progressive Besteuerung, die Bekämpfung der Korruption sowie den Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerflucht. Diese Reformen würden dem Haushalt einen Spielraum zur Finanzierung eines Wiederaufbauprogramms und zur Bekämpfung von Ungleichheit und Armut geben. Die Privilegien der griechischen Oligarchen (Reeder zum Beispiel) müssen daher abgeschafft werden.

Welche Lehren sind für Frankreich und für Europa zu ziehen?

Die Austeritätspolitik hat versagt. Ehrgeizige, tiefgreifende Reformen sind möglich und notwendig. Eine Überprüfung der öffentlichen Schulden der europäischen Länder kann neue Möglichkeiten für eine spürbare Verringerung der Schuldenlast aufzeigen. Es braucht eine entschlossene Wirtschaftspolitik, um eine zukunftsorientierte Investitionstätigkeit hin zum ökologischen Wandel anzukurbeln. Voraussetzung dafür sind die Umverteilung des Reichtums und das Wiedererlangen der demokratischen Souveränität über die Wirtschaft, insbesondere durch einen Privatisierungsstopp. Diese Reformen müssen im solidarischen Geiste erfolgen und nicht der Logik des Wirtschaftskriegs folgen.

Behauptung Nr. 6: **„Austeritätspolitik ist zwar hart, aber am Ende erfolgreich“**

Die öffentlichen Verlautbarungen zu Griechenland

„Austeritätspolitik zahlt sich aus! Griechenland startet nach oben durch! Nach den letzten Prognosen aus Brüssel wird Griechenland dieses Jahr ein Wachstum von 2,5 % und im nächsten Jahr von voraussichtlich 3,6 % haben. Damit steht Griechenland, was das Wachstum angeht, an der Spitze der Eurozone! Die Arbeitslosigkeit beginnt zu sinken, von 28 % auf 26 %. Kurzum, auch wenn es manche schockieren sollte: die verhasste Troika hat gute Arbeit gemacht!“ (Alexis de Tarlé, Journal du Dimanche (JDD), 8. Februar 2015)

Was ist daran falsch?

Sollten die Griechen dumm gewesen sein, als sie eine so gut funktionierende Politik ausgewählt haben? 2014 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Griechenlands 25,8 % niedriger als 2007. Die Investitionen sind um 67 % zurückgegangen. Was für eine gute Arbeit! Die Arbeitslosenquote beträgt 26 %, während gleichzeitig zahlreiche junge und weniger junge Leute ihr Land verlassen mussten, um eine Arbeit zu finden. 46 % der Griechen leben unterhalb der Armutsschwelle, die Kindersterblichkeit ist um 43 % gestiegen. Und was die Prognosen aus Brüssel angeht: Im Herbst 2011 kündigten sie den Aufschwung in Griechenland für 2013 an. Das griechische BIP ist im genannten Jahr letztlich um 4,7 % gesunken. Alle ehrlichen Wirtschaftswissenschaftler erkennen es inzwischen an: Die von den europäischen Institutionen auferlegte Austeritätspolitik war für Griechenland und die gesamte Eurozone eine Katastrophe.

Die herrschenden Klassen und die europäischen Technokraten wollten die Krise nutzen um ihren alten Traum zu verwirklichen: Die öffentlichen und sozialen Ausgaben verringern. Unter der Führung der Troika und der Drohung der Finanzmärkte mussten die südeuropäischen Länder drastische Pläne zur Verringerung des Haushaltsdefizits ausführen, was diese Länder letztlich in die Rezession geführt hat. Von 2009 bis 2014 betrug der Rückgang der öffentlichen Ausgaben in Irland 11 % des BIP, in Spanien und Portugal 12,5 %; in Griechenland lag dieser Rückgang bei 28 % des BIP. Sicher, die Haushaltsdefizite wurden verringert, aber nur mit ungeheuerlichen sozialen und ökonomischen Kosten.

Und die Schuldenlast ist weiter gestiegen! In der Eurozone ist sie zwischen 2008 und 2014 von 65 % auf 94 % des BIP geklettert. Die Austeritätspolitik hat sich nicht ausgezahlt, sie hat im Gegenteil die Krise auf dem Kontinent verschärft. Die Staaten haben zunächst die Steuern auf hohe Einkommen und Unternehmensgewinne gekürzt und so die Haushaltsdefizite vertieft. Daraufhin liehen sie sich von den Reichen Geld, um diese Haushaltslöcher zu stopfen. Auf der einen Seite weniger Steuern zahlen, auf der anderen Seite mehr Zinsen kassieren – das ist ein Bombengeschäft für die Reichsten!

Welche Lehren sind für Frankreich und Europa zu ziehen?

Man verlangte von den Griechen jährlich 4,5 Prozentpunkte des nationalen Reichtums zu zahlen, um die Schulden zurückzahlen; von den Europäern verlangt man „nur“ 2 Punkte. Die Auswirkungen sind

überall die gleichen: immer höhere Arbeitslosigkeit, immer weniger öffentliche Investitionen, die künftige Zeiten absichern könnten.

Das ist die Lehre, die aus dem griechischen Leidensweg zu ziehen ist. Ihn zu beenden geht alle Länder Europas etwas an, denn man muss die Rezession stoppen, die wegen der Austeritätspolitik überall entsteht, und die Lehren aus der Krise ziehen, um

sich für ein anderes Entwicklungsmodell einzusetzen. Wenn es Austeritätspolitik geben soll, muss sie die Reichsten treffen, diese „1 %“, die sich den gesellschaftlichen Reichtum aneignen und vom System des Schuldenmachens profitiert haben. Man muss die Haushaltsdefizite und die Schulden durch eine progressivere Besteuerung und eine Umstrukturierung der öffentlichen Schulden senken.

Behauptung Nr. 7: **„Austeritätspolitik – das ist nicht der Tod!“**

Die öffentlichen Verlautbarungen zu Griechenland

Christine Lagarde, Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF): *„Nein, ich denke eher an die kleinen Kinder einer Schule in einem kleinen Dorf in Niger (...), sie brauchen eher Hilfe als die Leute in Athen.“* (Antwort auf die Frage eines Journalisten: *„Wenn Sie Maßnahmen verlangen, von denen Sie wissen, dass sie Frauen daran hindern, bei der Geburt von einer Hebamme unterstützt zu werden, oder Patienten daran hindern, lebensrettende Medikamente zu bekommen, zögern Sie dann?“* (The Guardian, 25. Mai 2012). *„Wir werden alle etwas von unserem Komfort verlieren“*, (George Papandreou, Reuters, 15. Dezember 2009)

Was ist daran falsch?

Um die „Komfort“- Ausgaben zu senken hat die Troika in Griechenland eine Kürzung des Gesundheitsbudgets um 40 % durchgesetzt. Resultat: *„Mehr als ein Viertel der Bevölkerung verfügt nicht mehr über eine soziale Absicherung, die öffentlichen Krankenhäuser sind überlaufen und finanziell am Ende. Die Einsparungen haben das öffentliche Gesundheitswesen desorga-*

nisiert und eine humanitäre Krise hervorge-rufen“ (4. Januar 2015, Journal du Dimanche International).

Tuberkulose und Syphilis sind wieder aufgetaucht. Die Aids-Fälle haben sich vervielfacht, denn es fehlt an Präventionsmitteln. Eine Studie, die in der britischen Medizinzeitschrift The Lancet [5] erschienen ist, zieht eine schreckliche Bilanz: die Kindersterblichkeit ist zwischen 2008 und 2010 um 43 % gestiegen, die Unterernährung der Kinder um 19 %. Mit den Budgetkürzungen bei der Prävention psychischer Erkrankungen sind die Selbsttötungen zwischen 2007 und 2011 um 45 % gestiegen. Zahlreiche öffentliche Familienplanungszentren sind geschlossen, die restlichen arbeiten mit einem verringertem Personal.

Nathalie Simonnot von Ärzte der Welt berichtet: *„Für Patienten wurde eine Pauschale von fünf Euros für jeden Arztbesuch im öffentlichen Krankenhaus eingeführt. (...) Für einen Rentner, der 350 Euros im Monat bezieht, ist das ein riesiger Betrag, vor allem weil meistens mehrere Arztbesuche erforderlich sind. (...) Die Ärzte verlangen von den Patienten, Pflaster, Spritzen und Verbandsmaterial selbst zu kaufen, da manche Krankenhäuser keine entsprechenden Lagerbestände mehr haben.“*

Aussagen dieser Art betrafen einst Afrika. Die Politik der Troika sowie der griechischen Regierungen haben im Gesundheitswesen ein Desaster angerichtet, das vor allem im Gesundheitsbereich einen Politikwechsel lebenswichtig macht. Dass die Lage nicht noch schlimmer ist, liegt am Einsatz von hunderten von Ehrenamtlichen in den zahlreichen griechischen Solidaritätskliniken, an den „Ärzten der Welt“ und an der internationalen Solidarität, wodurch die Schäden für diejenigen in Grenzen gehalten wurden, die keinen Zugang mehr zu ärztlicher Versorgung haben. Die neue griechische Regierung hat recht, wenn sie zum Beispiel in den Gesundheitszentren wieder 3000 Ärzte einstellen will, die von der Troika entlassen wurden.

Welche Lehren sind für Frankreich und für Europa zu ziehen?

Man weiß jetzt, dass die „Austeritätspolitik tötet“ [6]. Die für eine solche Austeritätspolitik Verantwortlichen machen sich wahrer Verbrechen schuldig, wenn sie bei den Ausgaben für Gesundheit massive Einschnitte vorschreiben, wie es der Fall in Griechenland, in Spanien und in Portugal war.

Man muss überall das öffentliche Gesundheitswesen gegen Privatisierungen und Restrukturierungsmaßnahmen verteidigen, deren einziges Ziel Kostensenkungen unter Missachtung der Gesundheit sind.

Behauptung Nr. 8: „Hat Griechenland nicht schon kapituliert?“

Die öffentlichen Verlautbarungen zu Griechenland

„Als die griechische Regierung am 20. Februar eine Vereinbarung mit der Eurogruppe unterzeichnete, hat sie sich schließlich trotz aller Großsprecherei mit den Bedingungen der Troika einverstanden erklärt. Eine derbe Lehre für links- und rechtsextreme Populisten.“ (Eric Le Boucher, Slate.fr, 21. Februar 2015)

Was ist daran falsch?

Die neue griechische Regierung lehnt die von der Troika Ende 2014 neu vorgeschlagenen Reformen ab: 160.000 zusätzliche Entlassungen in der Verwaltung (Gesundheit, Bildung), eine erneute Senkung der Renten um 10 %, neue indirekte Steuern, eine erneute Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Diese Rezepte sind schon einmal angewandt worden und haben Griechenland in die Katastrophe geführt. Innerhalb von weniger als 5 Jahren schlossen 30 % der Unternehmen, wurden 150.000 Stellen im öffentlichen Sektor gestrichen, die Arbeitslosigkeit stieg um 42 %, die Renten wurden um 45 % gekürzt, die Kindersterblichkeit stieg um 40 % und die Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsschwelle leben, um 100 %.

Im Gegensatz dazu schlug das Syriza-Programm vor:

1. Neuverhandlung der Kreditverträge und der Schulden.
2. Sofortiger nationaler Wiederaufbauplan: Maßnahmen für die Ärmsten (Strom und medizinische Versorgung kostenlos, Essensmarken, etc.), Wiedereinführung des Mindestlohns von 751 Euro, Wiederherstellung der Tarifverträge.

3. Demokratischer Wiederaufbau des Staates: Kampf gegen Steuerflucht und Steuerbetrug, gegen die Korruption, Wiedereinstellung der entlassenen Beamten.

4. Plan für den Wiederaufbau der Produktion: Ende der Privatisierungen, Industrialisierung und Umbau der Wirtschaft nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Nach einem zähen Ringen mit den europäischen Institutionen hat die griechische Regierung erreicht, dass die irrsinnigen Zielmarken für die zu erreichenden Haushaltsüberschüsse aufgegeben wurden, die im von der vorherigen Regierung unterzeichneten Memorandum vorgesehen waren. Neue Hilfsfonds sollen entstehen: zur Finanzierung der Heizung und der Ernährung für die ärmsten Haushalte. Die Tarifverträge sollen wieder Gültigkeit erhalten. Steuerbetrug und Steuerflucht sollen mit Nachdruck bekämpft werden. Verschuldete kleine Hausbesitzer sollen nicht zur Räumung ihres Hauptwohnsitzes gezwungen werden. Aber damit ist Griechenland nicht von der Austeritätspolitik befreit. Die neuen Maßnahmen müssen finanziert werden, ohne das Haushaltsdefizit anwachsen zu lassen. Die Privatisierungen gehen weiter. Griechenland verpflichtet sich, seine Schulden vollständig zu bezahlen und die Privatisierungen nicht rückgängig zu machen. Die Erhöhung des Mindestlohns und die Wiedereinführung des Rechts auf Tarifverträge wurden verschoben.

Ein erneutes Kräfteremessen ist für die kommenden Monate vorzusehen.

Welche Lehren sind für Frankreich und Europa zu ziehen?

Die Initiative „Überprüfung der Schulden Frankreichs durch die Bürgerinnen und Bürger“ hat bereits einen ersten Bericht veröffentlicht [1], der zeigt, dass ein großer

Teil der öffentlichen Schulden Frankreichs als illegitim angesehen werden kann.

In den kommenden Monaten wird unser Kollektiv damit fortfahren, den Bürgern und der gesamten europäischen sozialen Bewegung Leitlinien zur juristischen, ökonomischen und sozialen Analyse sowie Argumente und Instrumente zur Mobilisierung zur Verfügung zu stellen, gegen die Gläubiger, die die Menschen ausplündern.

Mit unseren Partnern in den anderen europäischen Ländern, vor allem in Griechenland, werden wir uns künftig verstärkt bemühen, den illegitimen, unhaltbaren, illegalen, ja schändlichen Charakter eines großen Teils der öffentlichen Schulden Europas in die Diskussion zu bringen.

Wir unterstützen den Vorschlag, eine europäische Konferenz über die öffentlichen Schulden abzuhalten. Das Londoner Abkommen von 1953, das Westdeutschland mehr als 60 % der Schulden erließ, ermöglichte dem Land die wirtschaftliche Wiederbelebung; entsprechend wirkte der Schuldenerlass für Ecuador 2008 oder für Island 2011.

Wir unterstützen den Vorschlag, eine Überprüfung (Audit) über die öffentlichen Schulden abzuhalten, um die wahren Verantwortlichen und Nutznießer dieser Schulden zu identifizieren, und um Lösungsvorschläge herauszuarbeiten, die es dem Land erlauben, sich von dieser Last zu befreien. Wir unterstützen ebenfalls das Recht Griechenlands, sich seinen Gläubigern zu widersetzen, falls diese die Verwirklichung dieser Lösungsvorschläge ablehnen sollten. Wir wollen daran erinnern, dass die von der Troika aufgezwungenen Memoranden gemäß dem europäischen und internationalen Recht illegal sind. Lasst uns gemeinsam die Verantwortlichkeit der Gläubiger entlarven, die von der Ausplünderung der Menschen profitieren. Verstärken wir gemeinsam unseren zivilgesellschaftlichen Protest, um

dieses Europa der 1 Prozent, der Spekulanten und Banker in Frage zu stellen. Die Menschen, die zu lange Opfer von Austeritätspolitik, „Wettbewerbsfähigkeit“ und anderer „Memoranden“ waren, müssen selbst über ihre Zukunft entscheiden können: Wir wollen ihnen alle erforderlichen Instrumen-

te zur Verfügung stellen, damit sie verstehen und darüber beschließen, wie sie sich von der Schuldenlast befreien können, nämlich indem nicht die normalen Steuerzahler zur Kasse gebeten werden, sondern die wahren Profiteure des Schuldensystems.

Anmerkungen

[1] Der EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) wurde 2010 geschaffen. Er hat zum Ziel, die Stabilität des Finanzsystems in Europa durch Finanzhilfe für die Staaten der Eurozone zu erhalten. Diese Hilfe ist an die Bereitschaft gebunden Strukturreformen durchzuführen. An seine Stelle trat 2012 der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus).

[2] Ivan Best, La Tribune, 5. Februar

[3] Rettungspläne für Griechenland: 77 % der Mittel sind in die Finanzbranche gegangen.

S. mehrere Artikel in „Sand im Getriebe“ (SiG) Nr. 114 und 115 und in der „Werkstatt“ von SiG

[4] Eine größere soziale Gerechtigkeit ist Quelle höherer Leistungsfähigkeit, was selbst die OECD nachweist: <http://tinyurl.com/kqgmq35>

[5] A. Kentikelenis, M.Karanikolos, A. Reeves, M.McKee, DSc, D. Stuckler, „Greece’s health crisis: from austerity to denialism“, The Lancet, 20/02/2014, S. Auch SiG

[6] D. Stuckler & S. Basu (2014), Quand l’austérité tue, Préface des Économistes atterrés, Ed. Autrement

Verfasser: Jean-Claude Chailley, Thomas Coutrot, Alexis Cukier, Pascal Franchet,

Michel Husson, Pierre Khalifa, Guillaume Pastureau, Henri Sterdyniak, Sofia Tzitzikou.

März 2015 http://www.audit-citoyen.org/wp-content/uploads/2015/03/livret_grece-bd.pdf

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Sand im Getriebe

Internationaler deutschsprachiger
Rundbrief der ATTAC-Bewegung

Einzelne Artikel unter

<http://sandimgetriebe.attac.at>

PDF-Version unter

<http://www.attac.de/bildungsangebot/sig>

Druckausgabe zum Selbstkostenpreis

Bestellung an sig-abo@gmx.de

Mail an die Redaktion: sig@attac.de

Über Griechenland:

**18. Juni 2015: Bericht der
Wahrheitskommission über die
griechischen Staatsschulden:**

http://www.attac.de/uploads/media/Greece_Truth_committee_on_public_debt_Report.pdf

**Zusammenfassung auf Deutsch in der
„Werkstatt“ von SiG 116**

**SiG 115: Griechenland:
Schuldenstreichung! - Bauen wir
ein solidarisches Europa auf!**

**SiG 114: Der politische Erdbeben
in Griechenland
ist eine Chance für Europa !**